

Liechtensteiner Volkssblatt

AZ — FL-9494 Schaan, Mittwoch, 5. Juli 1972

Erscheint Dienstag/Mittwoch/Donnerstag/Samstag

Mit den amtlichen Publikationen aus Liechtenstein

105. Jahrgang — Nr. 97

Notizen

Als eines der wichtigsten Postulate, die sich in der liechtensteinischen Innenpolitik derzeit stellen, wurde am Montagabend im Rahmen des FBP-Landesparteitages im Hotel Linde in Schaan das **Wohnungsproblem** bezeichnet. Die anwesenden Delegierten aus allen Gemeinden nahmen mit Genugtuung zur Kenntnis, dass sich Sonderausschüsse der Partei schon seit längerer Zeit mit dem Problem auseinandersetzen und dabei sind, neue Lösungsvorschläge auszuarbeiten. Es geht dabei vor allem um die Möglichkeit der Verbilligung familienfreundlicher Wohnungen, die heute in unserem Land schon für eine grosse Zahl von Arbeitnehmerfamilien unerschwinglich geworden sind oder nur unter grossen, finanziellen Opfern gehalten werden können.

*

Eine Delegation von Gemeindevertretern des Liechtensteiner Unterlandes (Vorsteher und Vizevorsteher), denen sich auch Dipl. Ing. Mario Broggi (Naturschutz), Rüdiger Wohlwend vom Aktionskomitee «Sauberes Rheintal» sowie Vertreter aus der Schweizer und Vorarlberger Nachbarschaft anschlossen, besuchte dieser Tage die Oelraffinerie und das Thermische Kraftwerk in Cressier (unweit des Neuenburgersees in der Schweiz), um sich über allfällige Auswirkungen der dortigen Anlagen auf die Natur zu informieren. Wiewohl die Anlage in Cressier topographisch weit günstiger liegt, als der geplante Oelumschlagplatz in Sennwald, sind nach sechs Betriebsjahren bereits erste Anzeichen von schädlichen Einwirkungen auf die Natur (vergilbte und verdorrte Pflanzen) zu sehen. Wir erwarten einen näheren Bericht über die Erfahrungen dieses Informationsbesuches.

*

Verständliche Unruhe verbreitete sich in weiten Kreisen unserer Bevölkerung nach der Ankündigung der neuesten Währungsmaßnahmen der Schweiz, nachdem Liechtenstein währungspolitisch ebenfalls zum Ausland erklärt wurde. Natürlichen und juristischen Personen mit Wohnsitz in Liechtenstein ist es neuerdings verwehrt, Geld auf Schweizer Banken anzulegen oder Immobilien in der Schweiz zu erwerben. Eine ähnliche Situation hatten wir bereits Mitte der sechziger Jahre. Damals bemühte sich die Regierung allerdings sofort um eine Kontaktaufnahme mit der Schweiz und machte die Konjunkturdämpfungsmassnahmen ebenfalls mit. Die Folge war, dass Liechtenstein wieder zum «Inland» erklärt wurde. Man sollte erwarten, dass sich die Regierung (und das Parlament) auch diesmal um eine entsprechende Intervention bemühen und die notwendigen Massnahmen treffen. Schliesslich sollte man sich mit der Schweiz nicht nur in guten Zeiten solidarisch fühlen!

Erfolg durch Arbeit

Zum ordentlichen FBP-Parteitag in Schaan

Im Rahmen des ordentlichen Parteitages 1972, der am Montagabend im Hotel Linde in Schaan stattfand, wurden der bisherige Präsident der Fortschrittlichen Bürgerpartei, Dr. Peter Marxer (Vaduz) mit einem überwältigenden Vertrauensbeweis ohne Gegenstimme für eine neue Amtsdauer von zwei Jahren zum Landesvorsitzenden der FBP wiedergewählt. Getragen von praktisch allen Delegiertenstimmen wurden auch Anton Gerner (Eschen) als Parteivizepräsident für den Wahlkreis Unterland, und Edwin Nutt (Vaduz) als Parteivizepräsident für den Wahlkreis Oberland in ihren Ämtern bestätigt. Der Parteitag, das höchste Gremium der FBP, dem die Delegierten der Ortsgruppen, der Sachreferate und die Mitglieder des Landesausschusses angehören, hiessen ausserdem einen aus den Reihen der Obmänner kommenden Ergänzungsantrag zu den Parteistatuten gut, wonach künftig auch die der FBP angehörenden Gemeindevorsteher und Vizevorsteher von Amtes wegen dem Landesausschuss der Partei angehören werden.

Der ordentliche Parteitag stand im Zeichen des Jahresberichts von Parteipräsident Dr. Peter Marxer, der in einem kurzen Rückblick die

Arbeit der FBP sowohl parteiintern wie nach Aussen skizzierte. Zu einem Zeitpunkt, da die «Halbzeit» zwischen zwei Landtagswahlen überschritten ist, präsentiert sich die FBP, der man nach dem 1. Februar 1970 von verschiedenen Seiten keine allzugrossen Vorschusslorbeeren mehr einräumte, als starke und geschlossene, politische Kraft, die sich nach jahrzehntelanger Regierungsverantwortung auch in der Minderheit schnell profilierte und ihre Aufgaben als Koalitionspartner (in der Regierung) und als wachsame Opposition (im Parlament) erfolgreich wahrnahm. Der von den letzten zwei Parteitag (nach den Wahlen im Februar 1970) festgelegte Weg der Partei, konstruktive Mitarbeit überall dort, wo es das Staatsinteresse verlangt, zu leisten, und Mitverantwortung zu tragen, wurde eingehalten. Gleichzeitig wurde das ebenfalls festgelegte Ziel, mit eigenen Vorstössen im Parlament Einfluss auf die Politik zu nehmen und (wenn es das öffentliche Interesse erfordert) eine konstruktive «Opposition der besseren Argumente» zu sein, erreicht.

Parteipräsident Dr. Peter Marxer betonte, dass auch der zukünftige Erfolg der politischen



Arbeit der FBP nicht an den schlechteren Leistungen oder an der öffentlichen Enttäuschung über die Mehrheit gemessen werden dürfe, sondern an der objektiv besseren Arbeit der Minderheit!

Im Mittelpunkt des Abends stand eine Ansprache von Vizeregierungschef Dr. Walter Kieber über «Weg und Ziel unserer Politik», die sich in programmatischer Art und Weise mit den aktuellsten, innenpolitischen Problemen auseinandersetzten. Wir werden zum gegebenen Zeitpunkt auf diese Ausführungen zurückkommen.

Im Rahmen seines Schlusswortes zum diesjährigen, ordentlichen FBP-Parteitag forderte der Präsident des Jugendreferates, Alois Ospelt, ein noch intensiveres und permanentes Gespräch mit der Jugend dieses Landes, die es für politische Belange zu interessieren gelte.

Nimmt man unsere Parteien noch ernst?

Eine Betrachtung zur Volksabstimmung vom Sonntag - von Georg Kieber

Die Liechtensteiner Stimmbürger haben über das vergangene Wochenende eine in der Tat historische Entscheidung getroffen. Sie lehnten eine Erhöhung der Abgeordnetenzahl von 15 auf 21 Parlamentarier ab. Dieser Volksentscheid stellt nicht nur die nüchterne Stellungnahme zu einem Sachgeschäft dar; die Ursachen für dieses Abstimmungsergebnis liegen tiefer und geben zu einem gewissen Unbehagen Anlass.

Die offensichtlichen Gründe für diesen Volksentscheid wurden in einem ersten Kommentar (siehe Dienstausgabe) bereits genannt, sie seien hier nur stichwortartig wiederholt: Eine Abgeordnetenzahl von 21 Parlamentarier hätte eine relative Schlechterstellung des Unterlandes gegenüber dem alten Verhältnis von 9:6 Abgeordneten gebracht. Da das Schwergewicht der zukünftigen Entwicklung in den kommenden Jahren zweifellos im Unterland liegt, sahen sich manche Stimmbürger zu einer konsequenten Haltung veranlasst. Die Sperrklausel von 8 Prozent, die für die Erringung eines Landtagsmandates vorgesehen war, fand nicht generelle Gegenliebe. Nicht zuletzt war die Zahl «21» ein Kompromiss der beiden Parteien: «Keine Lösung, sondern Flickwerk».

Mit Unbehagen aber hörte man in breiten Bevölkerungskreisen ein anderes Argument. Es wird die Ansicht vertreten, als verschlinge unser Parlament Riesensummen, die scheinbar nicht im Verhältnis zur Leistung stehen. Der

Appell an den Sparwillen des Volkes zeigte hier eine unliebsame Folge. Leider wurde es unterlassen, die Tatsache, entsprechend publik zu machen, dass unser Parlament (auch verhältnismässig) sicher das billigste in der Welt ist, und ein Landtagsmandat für jeden Abgeordneten ein «Defizitgeschäft» bedeutet. In bezug auf die Ausgaben für den Staatsapparat, zu dem der Volksmund das Parlament eben zählt, ist der Liechtensteiner nun einmal skeptisch bis kleinlich. Dies hat sich klar gezeigt.

Dazu kommt, dass sich beide Parteien für die Erhöhung der Abgeordnetenzahl ausgesprochen haben. Ob man es wahr haben will oder nicht, wenn sich beide Parteien in einer Frage einig sind, riecht der Stimmbürger Verdächtiges. Es scheint, als habe er Angst hintergangen zu werden und seinem Misstrauen gibt er dann, wie sich zeigte, entsprechend Ausdruck. Macht es den Bürger vielleicht unsicher, weil er die Parteien zu oft um des Kaisers Bart streiten hört und ist sein Verständnis überfordert, wenn sich die Parteien nun plötzlich einig sind?

Doch viel wichtiger als all diese sind die staatsbürgerlichen Ueberlegungen, die in den Vordergrund treten. Der Liechtensteiner ist sich der Bedeutung des Parlamentes im allgemeinen nicht ausreichend bewusst. Für den Bürger ist es weitgehend die Regierung, die «regiert». Mit ihr steht er in ständigem und direktem Kontakt. Sie behandelt seine Gesuche, heisst seine Beschwerden gut oder lehnt sie ab.

Beim Regierungsmitglied wird der Bürger vorstellig, wenn es um Bewilligung von Arbeitskräften, um zinslose Darlehen oder Kinderzulagen geht. Der Landtag aber, so scheint es, wird oft nur als ein «Verwaltungsrat», als eine «Kommission» betrachtet, die hin und wieder tagt und bei der feurige Reden gehalten werden.

Manche Ursachen mögen diese Einstellung bewirkt haben. Liechtenstein hatte in den vergangenen Jahren stets starke, selbstbewusste Regierungen, wodurch das Parlament ins Hintertreffen geriet. Die Arbeit des Parlamentes ist zu wenig überschaubar. Einige Seiten Landtagsberichte in den Zeitungen in der Woche nach der Sitzung werden wirklich nur von engagierten Bürgern gelesen und vom Volk im allgemeinen nicht ausreichend beachtet. Hinzu kommt, dass die Zeitungen überhaupt nicht in der Lage sein können, die Arbeit umfassend zu durchleuchten. Sie haben sich zwangsläufig auf die Beschlüsse zu konzentrieren («Schulgesetz einstimmig verabschiedet») und können keinen Eindruck von vielen Kommissionssitzungen und Beratungen von Detailfragen vermitteln. Die Zeitungen sind zwar die einzigen Informationsträger, doch sie können ihrer Aufgabe nicht vollauf gerecht werden. Das liegt in der Natur dieses Mediums.

Schliesslich ein letzter und schwerwiegender Aspekt. Die Parteien waren dafür, das Volk da-

(Fortsetzung Seite 2)

Öffentlicher Landtag

Das Traktandum zum 6. Juli 1972

Der liechtensteinische Landtag wird am 6. Juli 1972 unter dem Vorsitz seines Präsidenten Dr. Karlheinz Ritter tagen und folgende Geschäfte behandeln:

- Genehmigung des Protokolls über die öffentliche Landtagsitzung vom 9. Mai 1972.
- Gesetzesvorlage betreffend eine Erhöhung der Leistungen der Alters- und Hinterlassenen- und der Invalidenversicherung im Jahre 1972.
- Gesetzesvorlage betreffend eine Erhöhung der Ergänzungsleistungen zur Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenversicherung im Jahre 1972.
- Gesetzesentwurf betreffend die Abänderung des Gesetzes über den Strassenverkehr.
- Gesetzesvorlage über die Abänderung des Paragraphen 4 des Gesetzes betreffend die Liechtensteinischen Kraftwerke und Verordnung über die Abänderung des Organisations-

statuts für die Anstalt Liechtensteinische Kraftwerke.

- Gesetzesentwurf über das vereinfachte Verfahren bei Uebertretung der Strassenverkehrsvorschriften.
- Errichtung und Erhaltung eines Hallenschwimmbades durch das Land Liechtenstein und die Gemeinden Vaduz und Schaan.
- Beitritt zum Europäischen Uebereinkommen zur Befreiung der von diplomatischen oder konsularischen Vertretern errichteten Urkunden von der Beglaubigung und zum Europäischen Uebereinkommen betreffend Auskünfte über ausländisches Recht.
- Statutenänderung der Atomenergieagentur.
- Jahresbericht der Arbeitslosenversicherung 1971.
- Schaffung einer Lehrstelle an der Realschule Vaduz.
- Zusatzkredit für die Anschaffung von Lehr-

mitteln für den Neubau Liechtensteinisches Gymnasium und Realschule Vaduz.

- Neuwahl des Verwaltungsrates der Anstalten Alters- und Hinterlassenenversicherung, Invalidenversicherung und Familienausgleichskasse.
- Neuwahl des Aufsichtsrates der Anstalten Alters- und Hinterlassenenversicherung, Invalidenversicherung und Familienausgleichskasse.
- Neuwahl des Verwaltungsrates der Liechtensteinischen Kraftwerke.
- Neuwahl des Verwaltungsrates der Liechtensteinischen Landesbank.
- Ersatzwahl in die Landessteuerkommission.

